

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Bierteljährlicher Abonnementpreis 0,85 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Zwei Bände)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 6.

Berlin, Mittwoch, 20. Januar 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Der Arbeitskammergesetzentwurf vor dem Reichstage. — Arbeitslohn und Arbeitszeit deutscher Gemeindegewerbetreibender. — Allgemeine Rundschau. — Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1908. — Gewerkevereins-Zeitung. — Verbands-Zeitung. — Zweigen-Zeitung.

Der Arbeitskammergesetzentwurf vor dem Reichstage.

Die Rede, mit welcher am Freitag der Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Herr v. Bethmann-Hollweg, die erste Lesung über den Gesetzentwurf betreffend Arbeitskammern im Reichstage einleitete, findet gewiß nicht in allen ihren Einzelheiten unsere Zustimmung. Trotzdem muß zugegeben werden, daß sie nach Form und Inhalt ein Meisterwerk war, großzügig angelegt und wohlbedacht, und sicherlich den Erfolg hatte, daß die Zahl der Freunde des Entwurfs sich wesentlich vermehrt hat. Wir begrüßen das, weil wir der Meinung sind, daß wenn der Entwurf mit den von uns vorgeschlagenen Änderungen Gesetz wird, ein wesentlicher Schritt zur Förderung des sozialen Friedens getan wird.

Nach dem Ergebnis der Verhandlungen gleich vorwegzunehmen, sei mitgeteilt, daß die Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen wurde. Eine Fülle von Arbeit harret ihrer. Es darf aber angenommen werden, daß sie etwas Ersprießliches leistet, da auf allen Seiten der Wille zur Mitarbeit zum Ausdruck kam und selbst die Gegner der Sozialdemokraten, die Gegner der Vorlage sind, ihre Mitwirkung in Aussicht stellen, um dem Gesetz eine Gestalt zu geben, die den Arbeitgebern eine wirksame Interessenvertretung gewährleistet.

Zunächst noch einige allgemeine Betrachtungen! Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß gerade die extremsten Kreise in der Industrie, die sogenannten Schaufmacher, ebenso wenig etwas von Arbeitskammern, d. h. paritätisch, zu gleicher Zahl aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzten Kammern, wissen wollen wie die radikalen Elemente in der Arbeiterschaft, die sogenannten freien Gewerkschaften. Beide wünschen reine Arbeiterkammern. Daß sie dabei von verschiedenen Beweggründen geleitet werden, ist Nebenache. Die Deutschen Gewerkschaften (D.G.) sowie die christlichen Gewerkschaften stehen auf dem Boden von Arbeitskammern. Es ist daher nicht richtig, wenn in letzter Zeit mehrfach hervorgehoben worden ist, man solle auf die Arbeitskammern verzichten und Arbeiterkammern schaffen, weil die Unternehmer sowohl wie die Arbeiter es wünschen. Diese Verallgemeinerung ist nicht angebracht. Man muß nämlich bedenken, daß auch auf dem Gewerkschaftskongress in Köln eine starke Minderheit von „freien“ Gewerkschaftern sich für Arbeiterkammern ausgesprochen hat, weshalb ohne weiteres behauptet werden kann, daß in der deutschen Arbeiterschaft sich die Anhänger der Arbeitskammern in der überwiegenden Mehrheit befinden.

Ueberhaupt ist es interessant zu verfolgen, wie die einzelnen Gruppen ihre Stellung zu der Frage: Arbeiterkammern oder Arbeiterkammern? im Laufe der Jahre geändert haben. Unser Verbandstag in Hannover 1904 hat sich bekanntlich auch ursprünglich für Arbeiterkammern ausgesprochen. Dagegen hat die Anfang vorigen Jahres in Berlin tagende

gemeinsame Konferenz des Zentralrats mit den Generalräten sich nach dem Gange der Entwicklung auf den Boden der paritätischen Arbeitskammern gestellt. Umgekehrt haben, wie schon angedeutet, die Gewerkschaften sich auf den Gewerkschaftskongress zu Köln im Jahre 1905 mit Mehrheit für die Errichtung von Arbeiterkammern erklärt, während sie vorher Arbeitskammern befürworteten. Dem entsprechend hat auch die hinter ihnen stehende sozialdemokratische Partei ihre Stellung geändert. Die dritte Gruppe in der Arbeiterbewegung, die christlichen Gewerkschaften, hatte mit dem Zentrum früher Arbeiterkammern gewünscht, tritt aber jetzt ebenso entschieden für Arbeitskammern ein. Es ist also eine völlige Wandlung der Anschauungen in Bezug auf diese Interessenvertretung zu verzeichnen.

Wenden wir uns nun kurz der Behandlung des Entwurfs im Reichstage zu: Das Ziel der Rede des Herrn v. Bethmann-Hollweg war, den Reichstag für die paritätischen Kammern auf sachlicher Grundlage zu gewinnen. Einseitige Arbeiterkammern haben nach ihm keinen Zweck. Sie würden lediglich den gewerkschaftlichen Organisationen, deren Tätigkeit der Staatssekretär offen anerkannte, Konkurrenz machen. Zu diesem Konkurrenzkampf aber würde der Einfluß der Organisationen geschwächt werden: denn man werde naturgemäß den amtlichen Arbeiterkammern mehr Beachtung schenken als den Organisationen. Für ihn kommen nur paritätische Arbeitskammern in Betracht, die den Ausgleich der Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitern als ihre Hauptaufgabe betrachten müssen. Der Gedanke des Zusammenschlusses mache sich auf beiden Seiten immer stärker geltend. Daraus ergebe sich mit zwingender Notwendigkeit das Bedürfnis, neben die individuellen Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern in den einzelnen Betrieben auch noch Beziehung u. auf assoziativer Grundlage zu stellen. In zahlreichen Fragen bestehe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eine Dissonanz. Die Hauptschuld oder wenigstens einen Teil daran trage der Umstand, daß sich die beiden Teile nicht mit einander auseinandersetzen. Deshalb solle man Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammenführen, und auf diesem Gedanken beruhe der vorliegende Gesetzentwurf.

Wenn man auch im allgemeinen diese Beweggründe für die paritätische Zusammenfassung der Kammern unterschreiben kann, so scheint uns der Hinweis für die Notwendigkeit der sachlichen Gliederung der Kammern nicht erbracht zu sein, und wir hegen nach dem Gange der Verhandlungen im Reichstage auch die Hoffnung, daß man der territorialen Einteilung, d. h. der Einteilung nach Bezirken, den Vorzug geben wird.

Von den Rednern aus dem Hause nahmen die am schroffsten ablehnende Haltung die Sozialdemokraten ein, und zwar in der Hauptsache deswegen, weil Arbeiterkammern und nicht Arbeiterkammern vorgesehen sind. Trotz alledem, wie gesagt, sind auch sie bereit, an der Verbesserung des Gesetzentwurfs mitzuarbeiten. Die Frage, ob Arbeiterkammern oder Arbeitskammern, sei für sie nicht entscheidend; ihre Entscheidung sei lediglich davon abhängig, was das Gesetz schließlich bieten werde. Für die Vorlage trat vom Zentrum sehr warm der Abg. Trimborn ein, der in der künftigen Arbeitskammer das Feld der praktischen

Arbeiter-Sozialpolitik erblickt. Auch er wünschte Verbesserungen an dem Entwurf, die sich im wesentlichen im Rahmen unserer Abänderungsvorschläge halten. Auch die Konservativen ließen ihre freundliche Stellung zum Ausdruck bringen, wenn sie sich auch die endgültige Stellungnahme einstweilen noch vorbehalten. Daß sich ihr Redner gegen die Wahlberechtigung von Organisationsbeamten aussprach, kam bei dieser Partei nicht sonderlich wundernehmen. Der Vertreter der Nationalliberalen gab dem Willen seiner Partei, den Entwurf zum Gesetz zu erheben, ebenfalls lebhaften Ausdruck. Für die zum Wahlrecht gemachten Abänderungsvorschläge sind seine Freunde nicht zu haben.

Als Freund des Entwurfs bekannte sich namens der liberalen Fraktionsgemeinschaft der Abg. Goller. Mit Geschick vertrat er den Standpunkt der territorialen Einteilung, leider aber gab er seine Zustimmung zu der Festsetzung des passiven Wahlrechts auf 30 Jahre. Es darf wohl von liberalen Männern erwartet werden, daß sie in der Kommission in dieser Frage einen anderen Standpunkt einnehmen und für die Festsetzung der Altersgrenze für das passive Wahlrecht auf 25 Jahre eintreten. Wenn man mit 25 Jahren reif ist, ein Mandat für den Reichstag zu übernehmen, dann wird man wohl auch befähigt sein, das Amt eines Beisitzers in der Arbeitskammer zu bekleiden. Warme Empfehlungsworte für die Vorlage fanden auch die Abg. Behrens von der Wirtschaftlichen Vereinigung und Dr. Gotthoff von der Freisinnigen Vereinigung. Mit Recht wies ersterer darauf hin, daß die Arbeiter in der Mehrheit keineswegs Gegner der paritätischen Arbeitskammern seien, für die am wirksamsten die ablehnende Haltung der Schaufmacherverbände spreche. Leider erklärte auch er sich mit dem Wahlrecht, wie es der Entwurf vorsieht, im wesentlichen einverstanden.

Die erste Lesung bedeutet ja immer nur eine Art Vorprobenfest. Der eigentliche Kampf wird in der Kommission durchgeschlagen. Immerhin darf nach dem Verlauf der Verhandlungen im Plenum des Reichstages angenommen werden, daß endlich etwas auf diesem Gebiete geschaffen wird. Der gute Wille ist jedenfalls auf allen Seiten vorhanden, und wo ein Wille ist, findet sich bekanntlich auch stets ein Weg. Für uns ist es eine erfreuliche Tatsache, daß im wesentlichen die Abänderungsvorschläge, die der Zentralrat in seiner Resolution niedergelegt hat, auch in der Debatte von vielen Seiten zum Ausdruck gebracht worden sind. Danach sind wir zu der Hoffnung berechtigt, daß unsere Wünsche in dem Gesetz Berücksichtigung finden und Einrichtungen geschaffen werden, die den sozialen Frieden, wenn auch nicht herbeiführen, so doch wesentlich fördern können.

Arbeitslohn und Arbeitszeit deutscher Gemeindegewerbetreibender.

Auf Beschluß einer Konferenz deutscher Stadtstatistiker ist für das statistische Jahrbuch deutscher Städte eine Erhebung über Arbeitslohn und Arbeitszeit städtischer Arbeiter nach dem Stande vom 1. März 1902 vorgenommen worden, die sich auf 54 Städte erstreckte. Der erheblichen Schwierigkeiten wegen, welche die Erarbeitung bot, wurde auf Verbleiben des Kaiserlichen Statistischen Amtes diesem die Bearbeitung, Ergänzung bis zur Gegenwart und Veröffentlichung übertragen. Das Kaiserliche Statistische Amt veran-

staltete eine Nacherhebung für den Stand vom 1. Juli 1907, die sich jedoch nur auf 34 Städte mit eigenem Statistischen Aemtern erstreckte. Das Reichsarchivblatt veröffentlicht in seiner letzten Nummer nach dem soden erschienenen Bd. 9 der Beiträge zur Arbeiterstatistik die wichtigsten Ergebnisse dieser Erhebungen. Danach wurden in 33 Städten — Magdeburg scheidet aus, da für 1902 keine Zahlen vorliegen — in den der Erhebung unterliegenden Betrieben am 1. März 1902: 37 663 männliche Arbeiter, am 1. Juli 1907: 52 529 Arbeiter gezählt; einschließl. Magdeburg waren es 1907: 53 965. Läßt man Magdeburg unberücksichtigt, so ist die Arbeiterzahl von 1902 bis 1907 um 39,5% gestiegen. Die Zahl der ungerlenen Arbeiter im Jahre 1902 betrug 25 165, die Zahl der gelernten 10 115. Im Jahre 1907 gab es 30 088 ungerlene und 19 872 gelernte Arbeiter, Magdeburg nicht mitgerechnet.

Das Zahlenverhältnis der gelernten zu den ungerlenen Arbeitern wechselt von Stadt zu Stadt; es hängt dies hauptsächlich davon ab, welcher Art die städtischen Betriebe sind; bei Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerken usw. finden sich viel gelernter, bei Straßenreinigung, Fuhrpark, Kanalisation überwiegen die ungerlenen Arbeiter. Die Zahl der gelernten Arbeiter hat von 1902 auf 1907 stärker zugenommen als die Zahl der ungerlenen; während 1902 die ungerlenen 71,3 pCt., die gelernten Arbeiter 28,7 pCt. aller Zeitlohnarbeiter ausmachten, waren diese Zahlen 1907 60,2 pCt. bzw. 39,8 pCt. Die ungerlenen Arbeiter sind aber unter der städtischen Arbeiterschaft immer noch sehr viel härter vertreten als in der Arbeiterschaft der Privatindustrie; bei einem Vergleiche der Lohnverhältnisse der Arbeiter in städtischen und privaten Betrieben darf dies nicht außer acht gelassen werden.

Die ganz überwiegende Mehrzahl dieser Arbeiter wurde im Tagelohn bezahlt. Der Wochenlohn ist nur ganz schwach vertretet. Die längeren Lohnungsfristen, denen wohl auch längere Kündigungsfristen entsprechen, finden sich meist in den Betrieben mit gleichbleibendem Arbeiterbedarf, z. B. bei den Straßenbahnen, der Straßenreinigung und den Warftallen, Straßenbeleuchtung, Badeanstalten usw. Bei vielen Stadtwaltungen und in weiteren Kreisen der Arbeiter findet sich das Bestreben, ein möglichst dauerndes, gesichertes, dem Brantentum sich näherndes Dienstverhältnis herauszubilden, wie es besonders durch lange Kündigungsfristen erreicht wird; andererseits wollen viele Arbeiter sich möglichst kurze Frist binden, um möglichstste Bewegungsfreiheit zu haben.

Um die Lohnsätze mit einander vergleichen zu können, sind die Wochen- und Monatslöhne in Tagelöhne umgerechnet worden. Teilt man nach ihren Tagelöhnen die Arbeiter in verschiedene Gruppen ein, so findet man für das Jahr 1902 die stärkste Gruppe der Ungerlenen mit 3 bis 3,25 M., für das Jahr 1907 mit 3,50 bis 3,75 M. Bei den Gelernten war 1902 wie 1907 die Gruppe von 4 bis 4,50 M. am stärksten besetzt. Die Steigerung der Löhne ist bei den Ungerlenen größer gewesen als bei den Gelernten. Im Durchschnitt betrug die Zunahme in dem fünfjährigen Zeitraum 0,48 M. oder 14,6 pCt. Vergleiche zwischen den einzelnen Städten lassen sich nur schwer ziehen, da die Arten der Betriebe in den Städten verschieden sind, wodurch naturgemäß auch die Lohnhöhe beeinflusst wird.

Neben einer Erhöhung der Löhne läßt sich auch eine Verkürzung der Arbeitszeit von 1902 auf 1907 erkennen. Im allgemeinen liegt der Schwerpunkt in beiden Erhebungsjahren bei der zehnstündigen Arbeitszeit; während aber 1902 daneben die zehnbis elfstündige Arbeitszeit am stärksten vertreten ist, ist es 1907 die neun- bis zehnstündige. Bemerkenswert ist die Zunahme der achtfünftigen und kürzeren Arbeitszeit; während 1902 in 9 Städten diese kurze Arbeitszeit für einen Teil der städtischen Arbeiter, meist für die Feuerhausarbeiter der Gaswerke, in Betracht kam, war sie 1907 in 19 Städten zu finden. Diese Arbeitszeit galt 1902 für 0,6 pCt., 1907 für 2,4 pCt. der gesamten Zeitlohnarbeiter.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 19. Januar 1909.

Wichtige sozialpolitische Fragen wurden am vergangenen Donnerstag im Reichstage verhandelt. Zuerst wurde beraten über einen Antrag betreffend die Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte. Danach sollen Krankenunterstützung, Anstaltspflege, Unterstützung zum Zwecke der Erziehung oder der Ausbildung für einen Beruf, einmalige Unterstützung zur Hebung einer augenblicklichen Notlage usw., nicht als Armenunterstützung angesehen werden, soweit in Reichsgesetzen der Verlust öffentlicher Rechte von dem Bezuge einer Armenunterstützung abhängig gemacht wird. Dabei kann die eventuelle Tatsache festgestellt werden, daß alle Redner sich dahin ausdrücken, daß der Verlust öffentlicher Rechte durch die geschätzten Unterstützungen als eine Ungerechtigkeit anzusehen sei. Der Antrag wurde einer Kommission überwiesen. Es

darf als sicher angenommen werden, daß dem in dieser Beziehung bisher bestehenden unbilligen Zustande in absehbarer Zeit ein Ende bereut wird.

Im weiteren Verlaufe der Debatte wurde eine Petition der Bauarbeiter-Kommission in München beraten, welche die Anstellung von Baukontrollleuten aus dem Arbeiterstande verlangt. Wegen der konfessionellen Abgrenzung Pauli, der die Anstellung von Baukontrollleuten aus dem Arbeiterstande für unmöglich und schädlich hält, weil die Gewählten ihr Amt nur zu agitatorischen Zwecken missbrauchen würden, wandten sich mehr oder weniger entschieden die Redner der übrigen Parteien. Selbst der nationalliberale Abg. Wölfl wies darauf hin, daß sich in München wie in Bayern überhaupt die Arbeiterbaukontrollleute vollkommen bewährt haben. Der Einwurf, die Arbeiter brähen nicht die technischen Fähigkeiten für die Ausübung der Kontrollle, sei nicht stichhaltig. Einmal würden sich unter den Arbeitern genügend intelligente Leute mit den nötigen Fähigkeiten finden; dann aber sollten ja die Bauarbeiterkontrollleute den technischen Beamten gewissermaßen nur als Gehilfen zur Seite stehen. Mehrfach lautete das Urteil der anderen Redner. Die Petition wurde schließlich dem Antrage der Kommission entsprechend dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen.

Hoffentlich führt sie auch bald zu praktischen Maßnahmen. Dies ist um so notwendiger, als die auf Bauten beschäftigten Arbeiter noch nicht einmal der Gewerbeaufsicht unterliegen.

Gegen den Arbeitskammergesetzentwurf ist noch einmal der Verein deutscher Arbeitervereine auf seiner Ausschußsitzung am 16. Januar Stimm gelaufen. Es wurde eine Resolution angenommen, in der erklärt wurde, daß der Entwurf nach den bisherigen Erfahrungen seine Aufgaben nicht erfüllen könne. Der soziale Frieden würde dadurch nicht gefördert, sondern die Gegensätze vielmehr verhärtet. Die Arbeitskammern als Eingangsämter seien überflüssig und ungewinnlich. Die bisherige Belastung auf dem Gebiete der Sozialpolitik und die auf diesem und anderen Gebieten noch zu erwartenden Unordnungen machten es für deutsche Industrie immer schwieriger, der bisher von ihr erfüllten Aufgabe, für den ungelernten Bevölkerungszuwachs Deutschlands Arbeit- und Gewerbetätigkeit zu schaffen, in Zukunft getreue zu werden. Deshalb ist der Verein deutscher Arbeitervereine der Ueberzeugung, daß die deutsche Arbeiterschaft dringend der Hilfe bedarf, und erwartet, daß der Reichstag dem Gesetzentwurf seine Zustimmung verweigert.

Wieder das alte Lied! Die Scharfmacher sind gegen die privaten Kammern, weil sie dieselben nicht fürchten, als die reinen Arbeiterkammern. Auf die abgedroschenen Phrasen von der Belastung der Industrie durch die Sozialpolitik näher einzugehen, verlohnt sich nicht. Nach dem Gange der Verhandlungen im Reichstage dürfte jene Frage der Scharfmacher auch ungehört verhallen.

Für die **Leutenot auf dem Lande** führt „Der Arbeitssmart“, die Monatschrift des Verbandes deutscher Arbeitsschweizer, in seiner letzten Nummer treffend die Gründe an:

„Freilich kann diese drohende Erscheinung der Landflucht nicht mit dem Hinweis der Vergnügungssucht der jungen Leute, oder auf die schlechten Arbeitsbedingungen auf dem Lande und die schlechten Wohnungsverhältnisse der Landarbeiter abgetan werden; als ob nur die lüderlichen Arbeiter abwanderten, oder als ob in den Städten die Wohnungsverhältnisse überall so gut und schön wären! Aber eines muß zugegeben werden: die ganzen sozialen und Rechtsverhältnisse der Landarbeiter sind anders, ungünstiger als die der städtischen. Die landwirtschaftlichen Arbeitgeber waren widerstandsfähiger als die in der Industrie und haben sich unbedingte Gebotsänderungen vom Hals zu halten oder, den ländlichen Bürgern anzuweisen“ gewußt. Die alten Gefindeordnungen, die nicht durch die Gewerbeordnung ersetzt sind, das Fehlen der Krankentafelversicherung, die geringen Beiträge zur Invalidenversicherung, die Abführung der Frist zum Erwerb des Unterhaltungswohnplatzes auf ein Jahr, bewiesen es. Nur schade, daß durch alle diese im Interesse der Arbeitgeber geschaffenen oder konföderierten Ordnungen das Verhältnis immer größer wurde, daß ohnehin dadurch gegeben ist, daß die Arbeiterwohlthaten und Bildungsgelegenheiten, ferner alle sozialen, gewerkschaftlichen, politischen Veranstaltungen — ganz abgesehen von den Krankenhäusern, milden Stiftungen usw. — sich mehr in den Städten als auf dem Lande finden. Loren müßten die Arbeiter sein, wenn sie das alles nicht bemerkten, und so sehen wir, daß nimmehr das Land, um überhaupt Arbeiter zu bekommen, Ausgaben machen muß, die vielleicht größer sind als alle Ersparungen, die jene anscheinend so schlauen Sondervorschriften zum Vorteil der ländlichen Arbeitgeber bewirken.“

Gegen die Richtigkeit dieser Ausführungen läßt sich kaum etwas einwenden. Helfen werden sie freilich auch nichts.

Arbeiterbewegung. Der Kampf der Brauereiarbeiter in München ist beendet. Es kam zum Abschluß eines bis zum Jahre 1913 laufenden Trugs, der den Arbeitern einige Verbesserungen gewährte. — Die Aussparung der Glasarbeiter und anderer Betriebe zu Weiskalber ist Zahl ist ebenfalls beendet. Mit Rücksicht auf die unglückliche Konjunktur ließen sich die Ausg. sprachen die Vorkörperabteilung um 5 pCt. gefallen, worauf die Unternehmer sich bereit erklärten, am vergangenem Montag die Betriebe wieder zu öffnen. — In Hannover sind die Stillestände ausgebrochen worden, weil sie eine von der Partei beschlossene Arbeitsordnung, die eine Verlängerung der Arbeitszeit und andere Verschlechterungen brachte, nicht annehmen wollten. — Wegen Mängelregelung einiger Mollgen sind in der Schiffsabrik von Natana in Frankfurt a. M. sämtliche Arbeiter in den Streik getreten. — Die Viehweidearbeiter in der Rheinischen Bergbau- und Hüttenwerksgesellschaft ist g. lündigt worden, weil sie sich weigerten, für eine Hypothek Firma Streikarbeit anzufertigen.

Wegen Aufhebung der Verbände der Tischler und Metallarbeiter waren am Silvesterfest in Budapest die Arbeiter in den Generalstreik getreten. Als nun die Unternehmer sich weigerten, für diesen Tag den Lohn zu zahlen, traten die Kutscher in einigen Dampfmotoren in den Ausstand. Diese Bewegung hat jetzt noch an Umfang zugenommen, da auch in anderen Transportbetrieben die Arbeiter sich den Streikenden angeschlossen haben. — Wegen Lohn-differenzen sind in der staalichen Tabak-Fabrik in Klausenburg etwa 1400 Arbeiter in den Streik getreten. Zwischen den Ausständigen und der Polizei ist es leider zu Zusammenstoßen gekommen.

Eine **rassistierte Umgehung der Arbeiterschutzbestimmungen** ist von verschiedenen Steinbruchbesitzern in der Umgegend von Weizen versucht worden. Wie eine Schöffengerichtsverhandlung vor kurzem ergab, wurden entgegen den gesetzlichen Vorschriften in einigen Steinbrüchen Frauen mit dem Transport und dem Beladen von Steinen beschäftigt. Die deswegen unter Anklage verurteilten Unternehmer bestritten diese Tatsache auch nicht, erklärten aber, daß die Schöffengerichte gegen eine bestimmte Summe auch das Ein- und Abbladen übernommen hätten. Somit trügen diese auch die Verantwortung für die gegenwärtige Beschäftigung der Frauen. In diesen Fällen erfolgte die Freisprechung; in einem anderen Falle wurden die Angeklagten zu 30 M. Geldstrafe verurteilt. Sie hatten mit Arbeitern Scheinverträge vereinbart, indem sie die Steine an sie verkauften, und nachdem diese von den Frauen verarbeitet waren, wieder zurückkauften. Dieser Trick ging den Richtern dem doch zu weit, und sie erkannten auf obige Geldstrafe. Daß dieselbe irgendwelche abschreckende Wirkung haben wird, ist bei ihrer geringen Höhe nicht anzunehmen.

Holzarbeiterverbände als Lohnbrücker. In der „Eiche“, dem Organ unseres Gewerkschaftsverbandes der Holzarbeiter, finden wir eine Polemik an eine Holzbearbeitungsfabrik in Berlin abgedruckt, die ein Mitglied des Holzarbeiterverbandes geschrieben hat. Die Fackel hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr!
Wollte mal bescheiden anfragen, ob Sie noch einen tüchtigen Einsieger gebrauchen. Mit dem Preis werden wir schon einig werden, da ich es nicht so genau nehme.
hochachtungsvoll
(Unterschrift.)

Mit Recht bemerkt dazu die „Eiche“, daß jeder Tarif illusorisch gemacht wird und sämtliche Kollegen darunter zu leiden haben, wenn auf diese Weise gegen die Tarifbestimmungen gesündigt wird. Den Verbändlern wird geraten, lieber ihre Mitglieder etwas besser zu kontrollieren, als fälschlich zu behaupten, die Fische seien immer an den Abgängen schuld, wie dies kürzlich bei den Einsiegern einer größeren Bau-tischlerei in Charlottenburg der Fall war. Hier waren es, wie sich nach genauer Untersuchung herausstellte, die „Genossin“, die ohne zu merken, sich Abzüge hatten gefallen lassen. Als später bei den Gewerksvereinen dieselben Abzüge gemacht wurden, sträubten sich diese dagegen. Nun aber wurde ihnen die Rechnung der Verbändler vorgelegt, woraus zu entnehmen war, daß dieselben zu herabgesetzten Abfordern arbeiten. Man legte daher unseren Kollegen, die in dem betreffenden Betriebe in der Minderzahl sind, nahe, die Arbeit für dieselben Preise zu machen wie die Verbändler, widrigenfalls für sie keine Arbeit mehr vorhanden sei. Um nicht aufs Haupt geworfen zu werden, mußten sich unsere Kollegen nun ebenfalls die Abzüge gefallen lassen. Ihrer Freiheit aber setzten die Verbändler noch die Krone dadurch auf, daß sie nun auf dem Bau die Behauptung aufstellten, unsere Kollegen seien an den Abgängen schuld.

Was hier in Charlottenburg passiert ist, ereignet sich auch anderswo vielfach, und mit derselben Rechtlichkeit behaupten dann die „Genossen“, daß die Gewerksvereiner schuld an der Verschlechterung der Arbeitsbe-

dingungen seien. Man muß sich daher solche Ver-
kündigung merken, um jenen Verren gelegentlich damit
aufzuwarten zu können.

**Die katholischen Fachabteilungen interkon-
fessionell.** Die katholischen Arbeitervereine, die
W. v. M., begründen ihre Existenz hauptsächlich eigentlich
damit, daß sie sagen, die katholischen Mitglieder
können in den christlichen Gewerkschaften die be-
sonnlich auch evangelische Arbeiter aufnehmen, ihre
katholischen Angehörigen nicht genügend zum Aus-
druck bringen. Um so anfallender muß es berühren,
wenn man jetzt in verschiedenen Zeitungen lesen kann,
daß der Berliner Arbeiterssekretär Richter in einer
Versammlung zu Kirchen a. d. Sieg erklärt hat daß
in den katholischen Fachabteilungen nicht nur ein-
gestellt, sondern sehr zahlreich evangelische Arbeiter
organisiert seien. Ueber die betreffende Versammlung
berichtet u. a. das „Sieg-Heim. Volksblatt“ in seiner
Nr. 268 folgend:

„Die neuen Momente, die im Berliner Programm
Aufnahme gefunden haben, sind so interessant, daß sie der
Definitivität unterbreitet werden müssen. Nachdem R.
(Richter) vorher erklärt hatte, daß Andersgläubige bei
ihnen nicht aufgenommen werden, antwortete er auf die
Frage Sch. (Schmid-Voll), wo sich denn die evan-
gelischen Arbeiter organisieren sollten,
dahingehend, daß sich diese ebenfalls den
katholischen Fachabteilungen anschließen
sollten. (1) Natürlich rief diese Mitteilung großes
Erstaunen unter den anwesenden Christlichen hervor, worauf
herr Richter freudigstehend unter Sekundierung Altmeyers
(ebenfalls Berliner Sekretär) betonte: „So, Ihr Herren,
das ist es, was wir immer sagen, Ihr kennt unser Pro-
gramm ja gar nicht! So kann Ihnen sogar versichern —
so fuhr herr R. fort — daß wir „Berliner“ ver-
hältnismäßig mehr protestantische Ar-
beiter als Mitglieder haben, als die
christlichen Gewerkschaften.“ (2) Auf einen
Zweifel, wie es denn aussehe mit den konfessionellen
Erörterungen in den katholischen Arbeitervereinen angeht
der Mitgliedschaft der Evangelischen, wurde erwidert: „Daß
dieses dergestalt sein müsse, daß die Protestanten keinen
Grund zur Beschwerde erhalten dürften; ferner
brauchten sie auch nicht dabei zu sein, wenn
streng katholische Religionsfragen be-
handelt würden.“ (3)

Die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ des Herrn
Giesberts will schon öfter gehört haben, daß manche
Ortsgruppen der katholischen Fachvereine einzelne
evangelische Mitglieder haben. So soll z. B. die
„Berliner“ Fachabteilung in Talsale a. S. drei evan-
gelische Mitglieder aufweisen. Nach den Ausführungen
der Herren Richter und Altmeyer sind, — voraus-
gesetzt, daß sie nicht nur aufgeschnitten haben —
evangelische Arbeiter in katholischen Fachabteilungen
überhaupt keine Seltenheiten mehr. Danach ist die
interessante Erscheinung zu beobachten, daß die
katholischen Fachabteilungen interkonfessionell werden.
Kann man sich einen größeren Unsinns denken?

Gegeben den Streik der in Gemeindefabriken be-
schäftigten Arbeiter hat sich der „Genoss“ Troelstra,
der erste Führer der holländischen Sozialdemokratie,
in einer Rede ausgesprochen, die jetzt auch als Bro-
schüre erschienen ist. Das hat zu einer Art Krise in
der holländischen Sozialdemokratie geführt, die ihre
Kreise aber auch bis nach Deutschland zieht. Dem
„Vorwärts“ ist die Stellungnahme Troelstras natür-
lich sehr peinlich. Nachdem die Sache aber einmal
angeschnitten ist, kann er nicht umhin, einige Stellen
aus jener Rede in deutscher Sprache mitzuteilen. Da
heißt es u. a.:

„Es geht es läme zu einem Streik für das Allgemeine
Wahlrecht, dann würden die Gemeindefabrikarbeiter,
die sich daran beteiligten, sich eines
großen faktischen Fehlers schuldig machen.
Es besteht ein Unterschied zwischen ge-
wöhnlichen Gewerkschaften und Organi-
sationen von Personen im öffentlichen
Dienst. In bezug auf das ökonomische Kampfmittel:
den Streik, stehen die Organisationen von Gemeindefabrik-
arbeitern in weniger günstigen Verhältnissen als die der
anderen Arbeiter. Die Gewerkschaften der letzteren treffen
mit dem Streik den Kapitalisten, die Organisation der Ar-
beiter im öffentlichen Dienst würde mit einem Streik das
Publikum treffen, also auch die Mitglieder der anderen
Arbeiterorganisationen.“

Sie würden die öffentliche Meinung gegen sich ein-
nehmen, die sie doch so sehr brauchen, und sie würden durch
ihre Arbeitslosigkeit Uneinigkeit unter die Arbeiter selbst
bringen. Das sage ich nicht zum ersten Male. Das-
selbe sagte ich dem Dr. Kuyper 1903 in der Kammer, als er
den Arbeitern im öffentlichen Dienste das Streikrecht
nehmen wollte. Ich sagte ihm damals, das sei
überflüssig, da diese Arbeiter doch nicht
streiken werden; aber trotzdem hat Kuyper ihnen das
Streikrecht genommen.“

Was aber das allgemeine Verhalten der Ge-
meindefabrikarbeiter betrifft, so sagt Troelstra weiter:

„Dürfen die Beschwerden der Gemeindefabrikanten und
Gemeindefabrikarbeiter öffentlich geäußert werden? Der Zentral-
bericht und die Antwort des Magistrats sagen nein; und
innerhalb gewisser Grenzen stimmen sie mit dem
bei. Das Interesse des Dienstes soll hier
die Richtlinie sein, und nun bringt dieses Inter-
esse mit sich, daß nicht jeder Gemeindefabrikarbeiter
auf eigene Faust und öffentlich über seinen Vorgesetzten
und dessen Fehler Klage erhebt.“

Wären die Anstichten Troelstras über den Streik
der Gemeindefabrikarbeiter auch etwas für sich haben, was
er aber über das allgemeine Verhalten der Beschwerden
über die vorgelegten Behörden sagt, klingt aus dem
Munde des ersten Führers der „Arbeiterpartei“ denn
doch recht eigentümlich. Das muß auch der „Vor-
wärts“ zugeben, der im übrigen dem holländischen
„Oberzeitschrift“ gegenüber ungenügend faule Töne
anschlägt. Handelte es sich um eine untergeordnete
Frage, würde er schon schärfere Worte gebrauchen
haben. Vielmehr kommt das noch!

Ueber die Lohnverhältnisse in der großen süd-
amerikanischen Republik Argentinien werden in
einer vom holländischen Arbeitsamt herausgegebenen
Veröffentlichung interessante Mitteilungen
gemacht. Mit danach auch die Höhe der Arbeits-
löhne in den einzelnen Gewerben und auch den
einzelnen Landesteilen verschieden, so kann doch
der Durchschnittslohn von Werkführern mit täg-
lich 8,92—10,71 Mk., der von Handwerfern mit
5,35—7,14 Mk. und derjenige der ungelerten
Tagelöhner mit 3,57—5,95 Mk. angenommen wer-
den. Das sind auf den ersten Blick recht beachtende
Zahlen, die aber gleich einem anderen Wert erhalten,
wenn hinzugesetzt wird, daß bei den im Lande
allgemein herrschenden Lernerungsverhältnissen
der Verdienst der genöthigten Tagelöhner kaum
zur Deckung der allernotwendigsten Lebensbedürf-
nisse ausreicht. Dementsprechend haben auch die
verhältnismäßig hohen Verdienste der Handwerker
nur einen geringeren Wert. Sich einen Not-
aroiden zurückgehen können Tagelöhner nur dann,
wenn sie im Sommer (d. h. vom November bis
April) sich range an den Erntearbeiten beteiligen.
Denn es ist drüben gerade so wie bei uns. Zur
Zeit der Ernte herrscht Rentennot, so daß für
tägliche Erntearbeiter gern ein Tagelohn von 8,50
bis 10,20 Mk. gezahlt wird. Ist die Ernte aller-
dings geborgen, dann erhalten die Feldarbeiter
nur selten mehr als 2,55—1,25 Mk. Lohn pro Tag.

**Das Ambulatorium für chirurgische und ortho-
pädische Erkrankungen,** das von Dr. Karl Hirsch,
dem Sohne unseres verstorbenen Anwalts geleitet
wird, ist von der Alexanderstraße in Berlin, nach der
Neuen Königstraße 3, am Königstor, verlegt
worden. Die Sprechstunden werden wochentags
von 11—1 Uhr, Sonntags von 10—11 Uhr ab-
gehalten. Von 11—11 Uhr findet ebenfalls eine
unentgeltliche Sprechstunde statt.

Nr. 380. Veranstaltung des Vereins für Volks-
unterhaltungen findet am Sonntag, den 24. Januar,
nachmittags 5 Uhr im Freizeitsportplatz in der
Urania (Taubenst.) über: „Von Abbagia nach
Korsur“ (Eine Meeresfahrt nach den östlichen Adria-
tischen) statt.

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1908.

Ortsverband Nachen.
Wiederum ist ein Jahr an uns vorübergeflutet, in dem
es an Mühe und Arbeit nicht gefehlt hat. Zunächst hatten
wir es mit dem sogenannten Milchkrieg in Nachen zu tun.
Der Bund der Landwirte hatte nämlich beschlossen, den
Preis für das Liter Milch von 20 auf 22 Pf. zu erhöhen.
Der Ortsverband in Verbindung mit den Christlichen,
„freien“ Gewerkschaften und dem Mittelstand hatte hierzu
eine Kommission gewählt, durch deren energisches Eingreifen
die Endurtheil gezwungen wurden, den Preis von 20 Pf.
bestehen zu lassen.

Unser Ortsverband hat einen ausgezeichneten
Verlauf und hatte eine große Besucherzahl zu verzeichnen.
Die Feier des 40jährigen Bestehens unserer Organisation
wurde im Oktober festlich begangen. — Für durchgreifende
Kollegen wurde die Unterstützung von 1 Mk. auf 1,25 Mk.
erhöht. Unsere Eingabe betreffs Schöffens und Geschworenen
war auch in diesem Jahre von Erfolg gekrönt. — Die Be-
teiligung der Ortsvereine Haaren und Ellendorf an der
Gemeindefabrikwahl hatte den Erfolg, daß in Ellendorf ein
Kollege einzeln sich erhielt. Konnte auch für Haaren kein
Kollege durchgedrückt werden, so hat die Wahl agitatorisch
ihre Wirkung nicht verfehlt indem eine Menge Neuauf-
nahmen stattfanden. Die Kollegen von Haaren waren also
voll und ganz auf ihrem Posten. Mitbin wird auch der
Erfolg bei der nächsten Wahl nicht ausbleiben.
Unsere Eingabe an die Stadververwaltung Nachen wegen
Notstandarbeiten hatte zwar Erfolg, der aber nicht unseren
Erwartungen entsprach. Die zu diesem Zweck abgehaltene
Arbeitslosen-Versammlung ließ auch zu wünschen übrig.

Um das Arbeitersekretariat zu entlasten und den aus-
wärtigen Kollegen seine Werbung zu erleichtern, ging der
Ortsvorstand dazu über, Rechtsauskunftstellen zu errichten
a. B. in Nachen Posthaus und oberen Wallertsteinweg,
Haaren, Koblsholtz, Wärselen, Brans, Stolberg und Dären.
Wir bitten, hiervon den ausgiebigsten Gebrauch zu machen.
Die Geschäfte wurden erledigt in 11 Auskündigungsen,
9 Vertreterfragen, 1 kombiniten, 3 Verbandsbesammlungen
und 6 öffentlichen Versammlungen. In letzteren
sprachen die Kollegen Goldschmidt-Berlin über „Welt-
anschauung und Arbeiterbewegung“, B. r. u. b. Spremberg
über „Die heutige Krise und welchen Nutzen ziehen die
Arbeiter hieraus“, G. a. r. i. m. a. n. Nachen über „Die Arbeits-
losenfrage“, H. o. g. Nachen über „Wahlen“. Sonstige

Sitzungen und Versammlungen wurden von verschiedenen
Kollegen besucht. Ebenfalls wurde die Bezirkskonferenz in
Neumünster besucht.

Konnte auch nicht zu Neugründungen von Ortsvereinen
geschritten werden, so hat es doch an überbezüglicher
Agitation und Mühen nicht gefehlt. Diefallerarbeiten
wurden auch eingereicht. Allen Kollegen welche uns mit
Rat und Tat zur Seite gefunden haben, hierdurch unseren
besten Dank! Möge es dem neugewählten Ausschuss
günstig sein, die Agitation intensiver zu betreiben, als dies
bisher der Fall war. In dieser Hoffnung ruhen wir den
Kollegen zu: Raktiert unermüdet! Rakt und ruhet nicht,
unterstützt den Ortsverbandsaussschuss nach besten Kräften;
dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

A. Linden, Sekretär.

Ortsverband Petersdorf i. N.

Die Geschäfte des Ortsverbandes wurden erledigt in
vier Vorstands- und Delegierten- und drei kombiniten
Sitzungen. Außerdem fanden fünf Verbandsversammlungen
in Petersdorf, Fernsdorf und Giersdorf statt. Beteiligt
war der Ortsverband auch an dem Bezirkstage in Bielefeld
und an der Ortsverbandskonferenz in Breslau. Am
18. November fand in Giersdorf eine außerordentliche Ver-
sammlung statt, in welcher Kollege Sch. o. d. Bielefeld ein
ausführliches und mit großem Beifall aufgenommenes Re-
ferat über die 10. ordentliche Generalversammlung des
Gewerksvereins der Fabrik- und Handarbeiter hielt und
Zweck und Ziele der Deutschen Gewerksvereine eingehend
erklärte.

Große Erfolge nach außen waren leider im ab-
gelaufenen Jahre nicht zu erzielen. Wir werden aber ver-
suchen, im neuen Jahre das nachzuholen, was wir im
Jahre 1908 nicht erreichen konnten. Mit ungeschwächtem
Mut gehen wir an die Agitation heran und legen die
Anerkennung, daß es uns gelingen wird, für die Sache der
Gewerksvereine zahlreiche neue Anhänger zu gewinnen.
C. K. r. e. b. s., Ortsverbandssekretär.

Ortsverband Saarbrücken.

Die Tätigkeit unseres Ortsverbandes war im ab-
gelaufenen Jahre seine sonderlich erfruchtig. Alles stand
hier im Zeichen der durch Verbandsratsbeschluss 1907 ge-
lösten Beamtenfrage für das Saarrevier. Am Anfang des
Jahres beschäftigten sich verschiedene Sitzungen mit der
erfolgten Abhebung des ersten Beamten, und die letzten
Sitzungen fanden zum Teil unter dem Einbruch der Ein-
führung des jähigen Sekretärs Kollege G. e. n. In der
Zwischzeit drängte ein Gefühl des Verlassens jede
Arbeitslust zurück. Dazu kam die Ungewissheit, wie lang-
denn wohl die Beamten dauern werden. Trotzdem be-
teiligten sich unsere Kollegen gemeinsam mit verschiedenen
anderen Organisations an der Gewerkschaftswahl in
Saarbrücken. Der Erfolg blieb aus, und auch ein er-
greifender Protest gegen die Gültigkeit der Wahl wurde
unmöglich, so daß es jetzt heißt warten und vorbereiten
für kommende Wahlen.

Die im Jahre 1909 zu erwartende Verschärfung der
drei Saarkreise zu einem einheitlichen Stadtgebiet wird
wohl mit manchen Mühsal aufwänden und neue Aufgaben
zur Lösung stellen. Wenn man die künftigen Grenzen
innerhalb des einheitlichen Wirtschaftsbereiches gefasst hat,
wird auch die Arbeiterbewegung sich freier entfalten können
und unsern Ortsverband neue Aufgaben bringen.

In verschiedenen Sitzungen usw. weist das Protokoll-
buch nach, in denen die laufenden Geschäfte geregelt wurden.
Die Zahl der angeschlossensten Ortsvereine wie auch die Mit-
gliederzahl derselben ist am Anfang u. b. Ende des Jahres
gleich geblieben. Ein in der ersten Jahreshälfte eingetre-
tener Verlust ist wieder eingeholt; doch hat bei einigen
Vereinen die rückläufige Bewegung bis zum Jahreschluss
angehalten, so daß der erfreuliche Aufschwung der anderen
Vereine nicht voll zum Ausdruck kommen konnte.

Die am 16. August stattgefundene Ortsverbandesver-
sammlung war gut besucht und nahm einen anregenden
Verlauf. Kollege G. e. n. sprach über „Die Stellung der
Deutschen Gewerksvereine in der Arbeiterbewegung“. Ueber
diese Versammlung sowie auch über ein Familienfest zur
Feier des 40jährigen Jubiläums der Deutschen Gewerks-
vereine wurde bereits im „Gewerksvereine“ berichtet. Beide
Veranstaltungen sowie auch die seit August regelmäßig ab-
gehaltene kombiniten Sitzungen waren gut
besucht und von echtem Gewerksvereinsgeist getragen.

Kurz vor Jahreschluss begannen dann gute reger-
mäßige Vortragssabende, die bisher ebenfalls gute Wirkung
zeigten. Ueber die Entwicklung des Arbeitersekretariats
wie auch die sonstige Tätigkeit des Beamten wird demnächst
ein besonderer Bericht erscheinen.

Selbst im August der neue Beamte seine Stellung
angetreten hat, ist wieder frische Hoffnungen- und Arbeits-
freudigkeit eingeleitet. Jetzt treten neue Männer an die
Spitze des Ortsverbandes, und die bisherigen Kräfte ver-
lassen das Feld, das sie lange Zeit auf Hoffnung bear-
beiteten. Mögen neue Menschen unter neuen Verhältnissen
der alten Bewegung im Saarrevier jetzt die Wege weisen.
Die bisherigen Mitarbeiter werden sich freuen und mit-
helfen, daß nun auch im dunklen Land Saarrevier unsere
neutrale Gewerksvereinsbewegung aus ihrer Größe und
innerlich an Festigkeit zunimmt. Das Jahr 1908 hat wie
überall so auch im hiesigen Bezirk nicht viel Gutes ge-
bracht. Arbeitslosigkeit, Unternehmerruchmut, zerfallene Ar-
beiterhoffnungen, ein Wachen der gelben Verbände, das
find die Pole, um die sich die Erscheinungen des Arbeiter-
lebens gruppieren. Möge das neue Jahr doppelt ein-
bringen, was im alten Jahr nicht erreicht werden konnte!

Ortsverband Spremberg.

Unser Ortsverband erledigte seine Geschäfte in
8 Sitzungen, 2 öffentlichen und 4 Verbandsversammlungen.
Der Besuch hätte bei der großen Mitgliederzahl besser sein
können. Vorträge wurden gehalten über „Die soziale Lage
und wie stellen wir uns dazu“, „Die Lehren der industriellen
Krisis“, „Die Konsumvereine“. Der Mitgliederbestand hat
sich um ein gut Teil vermehrt, namentlich in den Orts-
vereinen der Textilarbeiter und Maschinenbauer, während

die der Bauhandwerker, Fabrik- und Handarbeiter nicht weiter vorwärts gekommen sind. Aufgenommen wurde der Ortsverein der Maschinenbauer Neu-Weigow.

Die Textilarbeiter beteiligten sich an der Wahl der Vertreter zur Fabrikarbeiterkammer, leider ohne Erfolg; da aber Unregelmäßigkeiten vorliefen, wurde Protest eingelegt, der wohl Erfolg haben wird. Die Gefelligkeit wurde gepflegt durch ein Sommerfest mit Kinderbelustigung, die Feier des 40jährigen Bestehens der Gewerksvereine, welches großartig verlief, durch Familienabende, welche im Winter von Zeit zu Zeit abgehalten werden. Bei allen Veranstaltungen leistet unser Sängerkorps sehr Anerkennenswertes. Auch unser Sparverein sei hier Erwähnung getan.

Es ist hier noch ein großes Feld zu bearbeiten. Wenn wir aber die Massen der Unorganisierten für uns gewinnen wollten, muß ein jeder seine Schuldigkeit tun und sich nicht auf den Ausschluß verlassen. Die Kollegen müssen nur versuchen; es ist garnicht schwer für unsere gerechte Sache neue Anhänger zu gewinnen. Unsere Forderung muß nur sein: Richtig gemacht — halb gewonnen.

H. Borchert, Ortsverbandschriftführer.

Ortsverband Neckerhände und Umgegend.

Am Anfang des Jahres zählte unser Ortsverband 5 Ortsvereine. Gleich im ersten Quartal schloß sich ihm der neugegründete Ortsverein der Köpfer und Ziegler Weilm an, so daß er jetzt 6 Ortsvereine zählt. Seine Geschäfte erledigte er in zwei kombinierten und fünf Ausschüssen; außerdem fanden vier Verbandsversammlungen statt. Das Stiftungsfest feierten wir mit dem Ortsverein der Maschinenbauer in Torgelow. Außerdem folgte der Ortsverband dem Rufe des Ortsverbands Anklam zur Feier des 40jährigen Bestehens der Deutschen Gewerksvereine; namentlich die Ortsvereine der Maschinenbauer zu Neckerhände und Torgelow nahmen jährlich daran teil. An den Gewerksgerichtswahlen haben wir uns beteiligt. Nur der Saumlitzger jährlicher Arbeiter ist es zuzuschreiben, daß wir einen Erfolg dabei nicht erzielen. Wären nur unsere Kollegen besser auf dem Posten gewesen, wie dies in Nr. 72 des „Gewerksvereins“ 1908 gefordert worden ist, wäre der Sieg auf unserer Seite gewesen. Die Ortsunterstützung wurde von durchreisenden Kollegen einige Male in Anspruch genommen.

Wir hegen die Zuversicht, daß der neugewählte Ausschuss voll und ganz seine Schuldigkeit tun und es ihm auch gelingen wird, das Interesse der Mitglieder zu heben und damit unsere Sache vorwärts zu bringen.

Wilhelm Michaelis, Ortsverbandschriftführer.

Gewerksvereins-Teil.

Berlin. Zu der Jahresversammlung des Zentral-Arbeitsnachweises der Berliner Ortsvereine (S. D.) hatten, mit Ausnahme des Generalrats der Fabrik- und Handarbeiter, der sein Fernbündnis entschuldigte, sämtliche Generalräte der dem Arbeitsnachweis angeschlossenen Ortsvereine Vertreter entsandt; bei den geschäftsführenden Ausschüssen wohnte Kollege Neufeld der Versammlung bei. In erster Linie erstattete der Schriftführer den Tätigkeitsbericht des Vorstandes. Derselbe folgte von seiten des Arbeitsmittlers Kollegen Angermann, eine ins Detail gehende Erläuterung. Es hatten sich im Jahre 1908 arbeitslos gemeldet 1605 männliche und 23 weibliche Personen; verlangt wurden 1055 männlich; und 53 weibliche Personen; in Arbeit gebracht wurden 783 männliche und 18 weibliche Personen; selbst nach Arbeit 314 männliche und 8 weibliche Personen; zugeworfen sind 177 männliche Personen, abgeworfen 106. Es verließen am Schlusse des Jahres arbeitslos 54 männliche Personen. Die Mitgliederzahl der dem Zentral-Arbeitsnachweis angeschlossenen Vereine betrug 5612. Die Gesamtsumme betrug laut Bericht des Kassierers unter Hinzurechnung des Vorstandes

vom 30. September 1907 1988,54 Mk. die Ausgabe 1432,84 Mk.; es verblieb demnach am 30. September 1908 ein Kassenbestand von 555,90 Mk. Die außerordentlichen Darlegungen des Kassierers Kollegen Wälzer zu den einzelnen Ausschüssen in statistischem Betrage wurden mit sichtlichem Interesse entgegengenommen. — Nachdem die Versammlung dem Vorstande die Entlastung ausgesprochen, gelangten die eingegangenen Anträge zur Beratung. Ferner trat Kollege Ferragang. Zwei Anträge der Maschinenbauer- und Metallarbeiter (Charlottenburg) und der Maschinenbau- und Setzer (Charlottenburg, Kontrollvorschriften betreffend), wurden durch Annahme folgender Resolution erledigt: „Die einzelnen Vertreter der Ortsvereine bzw. Gewerksvereine möchten dahin wirken, daß die Hauptleitungen der angeschlossenen Gewerksvereine einheitliche Kontrollvorschriften, auch für die in den Vororten wohnenden Mitglieder maßgebend, erlassen, damit die Wirtschaftlichkeit zwischen den Ortsvereinen bzw. deren Mitgliedern und dem Arbeitsvermittler in Zukunft aufgehoben.“

Der Antrag des Ortsvereins der Maschinenbauer- und Metallarbeiter Berlin XII, arbeitslosen Kollegen, denen Arbeit nachgewiesen, in bringenden Fällen — bei großer Entfernung — zum Aufsuchen der Arbeitstelle Fahrpaß zu geben, wurde abgelehnt; dagegen der Antrag desselben Ortsvereins: „Den Arbeitsvermittler anzuweisen, bei vermittelten Stellen den Kollegen Namen und Wohnung des Betrachters bzw. Dements des Betriebes mitzuteilen“ einstimmig angenommen. Alle anderen Anträge wurden abgelehnt. Schließlich wurde seitens der Versammlung der folgenden, von Kollegen Wälzer eingebrachten Resolution zustimmend: „Die Generalversammlung richtet an den geschäftsführenden Verbands-Ausschuss die Bitte, die Hauptvorstände derjenigen Gewerksvereine, die dem Arbeitsnachweis noch nicht angeschlossen sind, dahin zu beeinflussen, daß die betreffenden Ortsvereine sich dem Arbeitsnachweis anschließen.“ Der anwesende Vertreter Kollege Neufeld glaube im Hinblick auf das warme Interesse des geschäftsführenden Ausschusses für den Arbeitsnachweis v. rufen zu können, daß etwas im Sinne der Resolution geschehen werde. — Es sei noch mitgeteilt, daß in den Arbeitsnachweis die Ortsvereine der Frauen und Mädchen sowie der Ortsvereine der Textilarbeiter eintraten sind. — Gewählt wurden in den Vorstand: Herr Rodt als Vorsitzender, R. Müller als Schriftführer, F. Wälzer als Kassierer; als Beisitzer die Kollegen Wrede, S. A. N. S. und B. A. L. Die Beiräte der Frauen und Textilarbeiter waren in der Generalversammlung nicht vertreten; ihnen sind also die Wahlen von Vorstandsberechtigten vorbehalten.

Waldenburg i. Schl. Die Vorstandswahl der einzelnen Ortsvereine und Ortsverbände sind erfolgt, und die beteiligten Mitglieder sind, wie man zu sagen pflegt, gespannt auf die Arbeit und die Beteiligung des neuen Ausschusses. Auch hier im Ortsverband hat eine Veränderung in der Besetzung der Ämter stattgefunden. Aus diesem Anlaß hat es sich ein rotes Blatt nicht nehmen lassen, uns Gewerksvereine zu gemäßigtem das Grabegeleit anzubieten. Solcher Unsinns sieht nicht allein in der „Preussener Volksstimme“, den kann man des öfteren in sozialdemokratischen Blättern finden. Deshalb leben die Gewerksvereine immer rührig und wacker und wachen das „Gnossen“ manches Kopfwehens. Soß würden sie sich nicht so viel mit uns beschäftigen.

Nun, Ortsvertragskollegen von Waldenburg, vielfach ließe ihr den Wunsch durchblicken, entgegen der die Vertretung eurer wirtschaftlichen Interessen durch jüngere Ausschussmitglieder zu witten. Wohl an, tragt euch Teil dazu bei! Sozt für besseren Besuch der Versammlungen, für die Herbeischaffung von Material, damit der neue Ausschuss in die Lage kommt, seine Pflichten zu zeigen. Ferner ist es erwünscht, daß die Ortsvereine, welche noch nicht zum Ortsverbande gehören oder aus irgend welcher Ursache denselben verlassen haben, wieder Anschluss suchen; denn bedeutet: „Verlorene Kraft nur Ganges schafft.“

Verbands-Teil.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine (S. D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine, NO., Greifswalderstraße 221/223 Mittwoch, 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Vortrag des Kollegen M. Schumacher über: „Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage und ihre Wirkungen.“ Gäste willkommen. — **Gewerksvereins-Vierteltafel (S. D.).** Zden Donnerstag, abds. 9 bis 11 Uhr, Leitungskunde im Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gäste sind herzlich willkommen. — **Distriktsklub Moabit.** Sitzung jeden Freitag, abds. 8 1/2 Uhr, bei Madau, Waldstraße 53. Freitag, 22. Januar, Vortrag des Oberlehrers Herrn Baumgarten über: „Reichsversicherung und Demokratie.“ Gäste herzlich willkommen. — **Fachwissenschaftlicher Distriktsklub Berlin.** Fiedlerstraße 20. Sitzung jeden ersten und dritten Dienstag im Monat. — **Sonabend, 23. Januar. Maschinenbau- und Metallarbeiter I.** Abds. 8 1/2 Uhr bei Mildert, Bergstraße 69. F. D.: Vortrag u. a. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter II.** Abends 8 1/2 Uhr, Fiedlerstr. 36a. F. D.: 1. Mitteilung. 2. Monatsbericht. 3. Vortrag des Herrn Walter über: „Fakten und seine Kultur.“ 4. Berichtsbogen. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter III.** Abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Madau, Waldstraße 53. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XII.** Abends 8 1/2 Uhr bei Frantow, Schönhauser Allee 65. F. D.: Vortrag des Kol. Jung: „Das neue Vereinsrecht.“ Jahresbericht des Kassierers und Schriftführers.

Leipzig. Deutsche Handelskasseler-Ver-einigung. Die Versammlungen finden jeden Sonnabend nach dem 1. jedes Monats im Restaurant „Zum letzten Heller“, Lindenau, Lützenerstraße, statt. — **Ortsverein Linden.** Sonnabend, 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Monatsversammlung im Braunen Hirsch. Am 24. Januar, vormittags 10 Uhr, Vertrauensanfrageung daselbst.

Orts- und Regionalverbände.

Sonne (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4—5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Hllg. Schultze-Wattler, Distriktsklub. — **Hagen (Distriktsklub).** Jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsklub bei Leuchter, Ecke Gasfennaplay u. Jägerstr. — **Hamburg (Ortsverb.).** Jeden Mittwoch, ab. 9 1/2 Uhr präz., in Hüttmanns Hotel, Köpferstr., Distriktsklub. **Dresden (Distriktsklub).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sandbergstr. Weber-gasse 26, statt. Gäste willkommen. — **Brandenburg a. H. (Distriktsklub).** Die Sitzungen finden jeden 1. und 3. Freitag im Monat, ab. 8 1/2 Uhr, statt. — **Hagen u. Hng. (Dis-triktclub).** Jezt jeden Donnerstag, abends Punkt 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Strogmayer, Kirch- und Bergstraßen-Ecke. — **Köln (Distriktsklub).** Sitzung jeden Donnerstag, abends 9 Uhr im Restaurant Vater Kolping, Eltergasse. — **Hamburg (Distriktsklub).** Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Paetow, Kaiser Wilhelmstraße. — **Leipzig (Ortsverband).** Jeden Montag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr, Distriktsklub bei P. Eisenburger, Banneimerstraße. — **Waldheim-Wuhre (Ortsverband).** 3. den zweiten Sonntag im Monat, vorm. 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Wirt Joh. Möller, Sandstraße 38. — **Cottbus (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Nobel, Berlinstr. 120. — **Leipzig (Gewerksvereins-Vierteltafel).** Die Leitungskunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmungsbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Lützen (Ortsverband).** Jeden 2. Sonntag, nachmittags 5 Uhr, und jeden letzten Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsklub im Lokale des Herrn Heinger. — **Dortmund (Ortsverband).** Sonntag, 24. Januar, nachm. 2 1/2 Uhr, Vertreterversammlung bei Ripper, Villagegartenstr. F. D.: Ausschusswahl.

Anzeigen-Teil.

☞ Inserate werden nur gegen vorherig Bezahlung aufgenommen. ☜

Der Gewerksverein
Jahrgang 1908
auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsgenossen und Vereinsbibliotheken
5, sonst 7 Mark
bei vorheriger Einsendung des Betrages
N.B. Frühere Jahrgänge werden zu denselben Preise abgegeben.
Bestellungen an den Verbandskassierer
R. Klein,
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

Barth (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalt. 50 Pfg. Karten sind zu haben bei Herrn Eitzke, Barthstr. 672. Arbeitsnachweis daselbst.

Erfurt (Ortsverband). Durchreisende Verbandskollegen erhalten 75 Pfg. Unterstüßung beim Ortsverbandskassierer Wilh. Schwan Rosenstraße 9.

Potsdam (Ortsverb.) Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Distriktsklub bei den Ortsvereinskassierern oder bei D. Killmer, Französischer Str. 8.

Hamburg (Ortsverb.) Durchreisende Kollegen erhalten für 2 Tage Unterstüßung. Bonus beim Kassier Hermann, Hamburg, Großer Bäckerstra. 11, Haus 5

Gera, R. J. E. (Ortsverband). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten 50 Pfg. Reiseunterstützung bei Hermann Schneider, Böttcher-gasse 5.

Göppingen (Ortsverb.) Durchreisende Verbandsgenossen erhalten Nachtquartier und Verpflegung. Karten sind zu haben bei J. Städler, Bahnhofstr. 18.

Schramberg (Ortsverb.) Für durchreisende Kollegen 70 Pfennige Unterstützung zahlte der Kassierer Robert Geuter, Schramberg, Schillerstr. 105.

Ludenscheid. Der Arbeitsnachweis sowie Ortsverbandskassierer befinden sich beim Sekretär Herrn Hartelt, Köhlerstr. 33.

W. Gladbach-Wehndt (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten jedes Vortage 50 Pfg. Reiseunterstützung im Gewerksvereinsbureau, Ecke Hülperstr. und Sophienstr. 1, in nächster Nähe des Bahnhofs. Arbeitsvermittlung sowie Auskunft in allen anderen Angelegenheiten, werden kostenlos an J. Erdmann erteilt.

Geisingen a. Et. (Ortsverb.) Durchreisende Verbandsmitglieder erhalten 50 Pfg. bei A. Sapper, Hauptstraße 48.

Hohe Mosen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen in den Berufs erhalten Reiseunterstützung beim Kollegen Kobi, Krosstr. 10.

Jena. (Ortsverband). Durchreisende erhalten 75 Pfg. Unterstützung bei Carl Möller, Greif-gasse 2, Ecke Oberlaengasse.

Leipzig-West (Ortsverband) Vom 1. Juli ab erhalten durchreisende Gewerksvereinskollegen die Karten für das Ortsverbands-geschehen bei den Vereinskassierern. Für Abendort und Nachtquartier haben dieselben in „Stadt Hannover“, Leipzig, Seeburgstraße, Gültigkeit.

Hannau i. Schl. (Ortsverb.) Durchreisende Mitglieder erhalten eine Unterstüßung von 75 Pfg. auswärts beim Ortsverbandskassierer F. Walle, Ring Nr. 14.

Hagen. Durchreisende erh. im Winterhalbjahr 1 Mark und im Sommerhalbjahr vom 1. April bis 1. Oktober 75 Pf. bei E. Serbe, Wendischergarben 84.

Thorn. Durchreisende erhalten Abendort, Nachtlager und früh kaffee beim Verbandskassierer W. Kowalowski, Thorn, Weillgegestr. 7/9.

Fidelitas.
Zeitschrift, enth. Lustspiele, Solozenzen, Couplets (mit Musik), kom. Vorträge u. dgl. Monatl. 1 Heft, Halbjährl. 2 Mk., Probeheft enth. 8 Stücke 40 Pfg. Franko. Probeband mit 25 Stücken 1 Mk.
C. A. Koch's Verlag, Dresden 14 Bg.